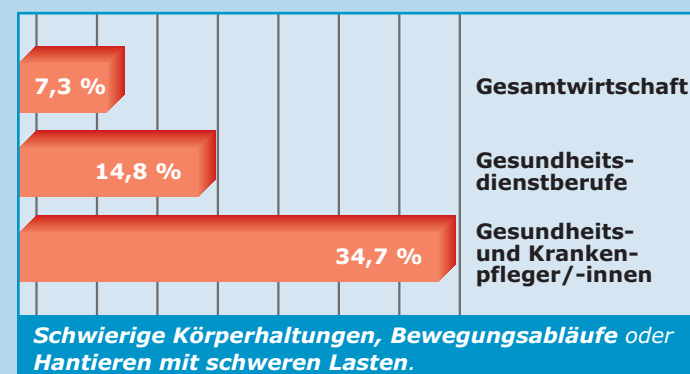
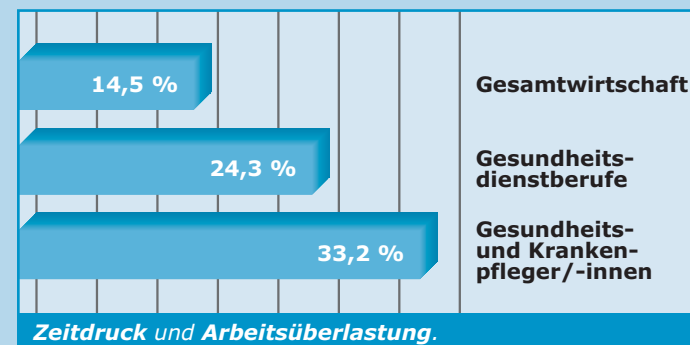


Krank gepflegt

Gesundheitsprobleme in der Pflege

Pflegen macht krank – das ergab eine Befragung, deren Ergebnisse im August vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht wurden. Demnach seien Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen besonderen Belastungen ausgesetzt – steigende Patientenzahlen und Verkürzungen der Verweildauer in Krankenhäusern führten bei gleichzeitigem Pflegepersonalabbau zu einer Arbeitsverdichtung. In der Folge litten Pflegende besonders häufig unter arbeitsbedingten Gesundheitsproblemen. Als **Hauptbelastungsfaktoren bei der Arbeit** wurden von drei Vergleichsgruppen „**schwierige Körperhaltungen, Bewegungsabläufe oder Hantieren mit schweren Lasten**“ sowie „**Zeitdruck und Arbeitsüberlastung**“ genannt. Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen leiden demnach deutlich häufiger unter „schwierigen Körperhaltungen, Bewegungsabläufen oder Hantieren mit schweren Lasten“ (35%) sowie „Zeitdruck und Arbeitsüberlastung“ (33%) als alle Beschäftigten in Gesundheitsdienstberufen (15% und 24%) und in der Gesamtwirtschaft (7% und 15%). (Zi) ●



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2009



Hier finden Sie den DBfK ...

23. und 24. September 2009:

9. Niedersächsisches Symposium für Pflegeberufe im Operations- und Funktionsdienst, Stadthalle Braunschweig, Leonhardplatz 1, Braunschweig

25. September 2009:

DVET-Jubiläums-Kongress, Universität Düsseldorf, Hörsäle

25. und 26. September 2009:

Norddeutscher Pflegekongress, Musik- und Kongresshalle Lübeck, Willy-Brandt-Allee 10, Lübeck

14. bis 17. Oktober 2009:

RehaCare, Messe Düsseldorf – DBfK-Stand in Halle 3, F 42

30. und 31. Oktober 2009:

7. Gesundheitspflegekongress Hamburg, Kongress-Zentrum im Hotel Radisson, Marseiller Straße 2, Hamburg

06. bis 08. November 2009:

Landesgesundheitsmesse Schleswig-Holstein, Holstenhalle, Justus-von-Liebig-Straße 2-4, Neumünster



Klimaneutral gedruckt



www.dbfk.de

Impressum: Northwest-Impulse ist die **Mitgliederinformation des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe**, DBfK Northwest e.V.

Redaktion: Burkhardt Zieger | Beiträge von Marita Mauritz und Burkhardt Zieger.

Gestaltung/Realisation: Heisterhagen Werbeservice, Hannover

Druck: agenturdirekt, Hannover

DBfK Nordwest e.V.

Geschäftsstelle | Lister Kirchweg 45 | 30163 Hannover
Telefon (05 11) 69 68 44 - 0 | Telefax (05 11) 69 68 44 - 176

RV Nord | Am Hochkamp 14 | 23611 Bad Schwartau
Telefon (04 51) 29 23 4 - 0 | Telefax (04 51) 29 23 4 - 44

RV West | Müller-Breslau-Straße 30a | 45130 Essen
Telefon (02 01) 36 55 7 - 0 | Telefax (02 01) 36 55 7 - 11

Stark für
die Pflege



Nordwest-Impulse



**Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitglieder,**

im September wählen wir unsere Abgeordneten in den Bundestag. **Wir entscheiden damit, wer unsere Interessen vertritt.**

Unsere Interessen als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes – und unsere Interessen als Pflegende.

Sicher – die Tagespolitik muss sich einer Vielzahl von Herausforderungen widmen: Wirtschaft und Sicherheit, Umwelt und Bildung sind die Themen, die in der Diskussion einen Spitzenplatz einnehmen. Das spiegelt sich auch in den Programmen der zur Wahl stehenden Parteien wider.

Wenn es um Pflege geht, haben die Regierungsparteien in der zurückliegenden Legislaturperiode wenig Konzept und noch weniger Verständnis entwickelt. Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, eine Pflegereform, die diesen Namen nicht verdient und die Senkung der Zugangsvoraussetzungen in den Pflegeberufen prägen die vier Jahre der großen Koalition. **Dabei ist Pflege das Thema der Gegenwart und Zukunft.**

Gehen Sie zur Wahl – nicht nur als Bürgerin und Bürger, sondern auch als Pflegende und Pfleger. Denn wir sind kein Kostenfaktor, sondern eine Säule der Gesellschaft.

Lassen Sie uns das bei der Bundestagswahl zum Ausdruck bringen!

Ihre
Marita Mauritz

Marita Mauritz – Vorsitzende des Vorstandes

September 2009 / Ausgabe 11

Inhalt ... Grußwort ... Bundestagswahl 2009 (Programmvergleich der Parteien) ... „Krank gepflegt“ – Gesundheitsprobleme in der Pflege ... Veranstaltungen ... Impressum

Bundestagswahl 2009

Pflege im Spiegel der Parteiprogramme

Im September wählen die wahlberechtigten Deutschen – darunter ca. 1 Million Pflegende – die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages. Mit welchen **Angeboten die Bundestagsparteien** sich zur Pflege positionieren, haben wir für Sie in diesen Nordwest-Impulsen zusammengetragen. Neben den Äußerungen zu **Pflege, Soziales und Gesundheit** haben wir für Sie die Programmbestandteile gelesen, die Sie auch interessieren könnten:

Demografie

Welche Veränderungen erwarten die Parteien im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung und welche Chancen verbinden sie damit?

Mindestlöhne

Mindestlöhne sind ein Thema in unterschiedlichen Branchen – mit welchen Voraussetzungen wird die Diskussion nach der Bundestagswahl geführt.

Privatisierung

Privatisierung ehemals staatlicher Leistungen hat auch den Markt der Gesundheitswirtschaft für private Anbieter geöffnet – mit allen Konsequenzen. Wie viel Privatisierung wollen die Parteien dem System zumuten?

Kinderbetreuung

Wird die Entscheidung für Kinder zum Risiko für die Berufslaufbahn oder gehen Beruf und Familie unter einen (bezahlbaren) Hut?

Elternbetreuung

Wer A sagt, muss auch B sagen – Eltern sind auch Familie: Wird die Arbeit zum Problem, wenn die Eltern zum Pflegefall werden?

Rente

Bleibt es bei der Rente mit 67 oder gehen wir früher in den Ruhestand – oder gar noch später?

Die Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2009 haben wir für Sie auf der Internetseite des DBfK unter der Adresse **www.dbfk.de** hinterlegt. Sie finden dort zudem weitere Informationen zur Bundestagswahl und den Programmen aus unserer Sicht.

(Zi) ●

Alle Angaben ohne Gewähr – bitte sehen Sie sich die Parteiprogramme sorgfältig durch.



**BUNDESTAGSWAHL
2009**

	Pflege	Soziales	Gesundheit	Demografie	Mindestlöhne	Privatisierung	Kinderbetreuung	Rente	Elternbetreuung
CDU/CSU	Die CDU/CSU fordert mehr Wertschätzung für den Dienst am Menschen. So sollen mehr Chancen und Arbeitsplätze in der Pflege ermöglicht werden. Die Pflegeberufe sollen mehr Verantwortung für Patientinnen und Patienten übernehmen.	Pflegeversicherung soll auch in Zukunft einen Beitrag zur Absicherung des Pflegerisikos leisten – Betonung der Eigenverantwortung und Eigeninitiative zur Absicherung des Pflegerisikos.	Die bestehende Krankenhausfinanzierung habe sich bewährt, ein bundesweiter Einheitspreis wird von der Union abgelehnt. Die Gesundheitswirtschaft wird als Wachstumsbranche wahrgenommen.	Der demografische Wandel eröffnet neue Berufsperspektiven vor allem in der Kranken- und Altenpflege. Die Attraktivität dieser Berufe soll gesteigert und Umschulungsprogramme in die Berufsgruppe gestärkt werden. Für pflegende Angehörige sollen Weiterbildungsmaßnahmen ausgebaut und gefördert werden.	Keine Mindestlöhne, aber Mindesteinkommen – im Bedarfsfall mit Ergänzung durch staatliche Leistungen.	Staatlich übernommene Aufgaben sollen auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden – vor allem unter dem Aspekt der Haushaltsdisziplin.	Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige und Einführung eines Betreuungsgeldes ab dem Jahr 2013.	Beibehaltung der Rente mit 67.	Die Unternehmen sollen motiviert werden, ihren Teil zur Vereinbarkeit von privater Pflege und beruflicher Tätigkeit beizutragen, z.B. durch die Kooperation mit Tagespflegeeinrichtungen. Pflegestützpunkte sollen als Anlaufstelle für Angehörige qualifiziert werden.
SPD	Die SPD fordert mehr Kooperation zwischen Ärzten und Pflegepersonal. Pflegenden mit erweiterten Kompetenzen auszustatten, sei der Weg in die Zukunft.	Hilfen der Pflegeversicherung soll zielgenauer auf individuelle Bedürfnisse ausgerichtet werden. Weg von der Minutenpflege – hin zu einer Pflege, die sich am Grad der Einschränkung der Selbstständigkeit des Menschen orientiert.	Krankenhäuser sollen weiter für die ambulante Versorgung geöffnet werden. Für gleiche Leistungen sollen gleiche Vergütungen gezahlt werden – unabhängig vom Ort der Leistungserbringung.	Geriatric und Palliativversorgung müssen zu wichtigen Schwerpunkten in Ausbildung, Forschung und Arbeit aller Gesundheitsberufe werden.	Allgemein verbindliche Mindestlöhne in möglichst vielen Branchen – 7,50 EUR als Orientierungsmarke.	Gesundheits- und Sozialleistungen sind Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und dürfen nicht dem einseitigen Zwang zur Privatisierung ausgesetzt werden.	Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab 2013, Anspruch auf Ganztagsbetreuung.	Beibehaltung der Rente mit 67, Anpassung der Arbeitsbedingungen an jeweilige Lebensphase.	Bei akut auftretender Pflegebedürftigkeit soll für nahe Angehörige ein bezahlter Freistellungsanspruch von der Arbeit von bis zu 10 Tagen eingeführt werden.
Bündnis 90/ Die Grünen	Die Grünen wollen die Qualität der Pflege durch mehr Transparenz und die Einbeziehung der Betroffenen verbessern. Pflegekräfte verdienen mehr Anerkennung und bessere Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung. Die Attraktivität der Pflegeberufe soll gesteigert werden.	Die Pflegeversicherung soll zu einer Bürgerversicherung weiterentwickelt werden. Weiterentwicklung des persönlichen Budgets und Finanzierung einer unabhängigen Budgetassistenz.	Die Grünen wollen 150.000 neue Jobs in der Gesundheitswirtschaft schaffen. Prävention soll zur dritten Säule der Gesundheitswirtschaft ausgebaut werden.	Das generationenübergreifende Zusammenleben soll gefördert werden. Dazu gehören ambulante und stationäre Pflegeangebote von hoher Qualität, die durch existenzsichernde Gehälter, niedrige Zugangsschwellen und einheitliche Qualitätsstandards für die Ausbildung in der Pflege gesichert werden.	Allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 EUR, höhere Mindestlöhne in einzelnen Branchen.	Der Staat muss als Eigentümer wirtschaftlicher Strukturen wieder in Erscheinung treten.	Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung ab dem ersten Lebensjahr und Beitragsfreiheit für die Kindertagesbetreuung ab sofort.	Prüfung der Erwerbschancen bei Beibehaltung der Rente mit 67. Senkung der Altersgrenze für abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente auf 63 Jahre.	Einführung einer dreimonatigen Pflegezeit mit Lohnersatzleistungen, die nicht nur Familienangehörigen offen steht, sondern allen, die die Pflege von Angehörigen oder Freunden und Freundinnen organisieren oder sie beim Sterben begleiten.
FDP	Die FDP engagiert sich für eine Entbürokratisierung der Pflege und eine Verbesserung der Transparenz über die Qualität der Pflege. Das Pflegeergebnis soll im Vordergrund stehen.	Die Pflegeversicherung soll durch eine Überleitung in ein kapitalgedecktes und prämiendifinanziertes System aus der demographischen Falle befreit werden. Ergänzende private Vorsorge für den Pflegefall soll im Steuerrecht gefördert werden.	Entbürokratisierung und die Förderung von Public-Private-Partnership-Projekten sollen zur Verbesserung im Gesundheitssystem und zur weiteren Stabilisierung des Wachstumsmarktes Gesundheitswirtschaft beitragen. Der Gesundheitsfonds soll wieder abgeschafft werden.	Die Liberalen sehen Senioren als Ressource auf dem Arbeitsmarkt und fordern daher den Wegfall aller Altersgrenzen für Arbeit, den Aufbau eines betrieblichen Altersmanagements und den Ausbau des lebenslangen Lernens. Bürgerschaftliches Engagement soll stärker gefördert werden. Aufstockung der Mittel für Forschung in Gerontologie, Geriatrie und Alterspsychologie.	Keine Mindestlöhne, aber Mindesteinkommen – im Bedarfsfall mit Ergänzung durch staatliche Leistungen.	Der Wettbewerb im Gesundheitssektor soll gestärkt werden, dazu gehören eine starke private Versicherung und die Belassung der Beitragsautonomie der gesetzlichen Kassen.	Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten und Abschaffung der Elternbeiträge für Kinderbetreuung.	Abschaffung aller Altersgrenzen für Arbeit. Stärkerer Umbau der Alterssicherung in Richtung privater Kapitaldeckung.	Berufstätige sollen sich für die Organisation der familiären Pflege zeitlich begrenzt frei nehmen können.
Die Linke	Pflegende sollen besser qualifiziert und tariflich bezahlt werden. Es sollen einheitliche Personalschlüssel entwickelt und ganzheitliche Pflege ermöglicht werden.	Umbau der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung in eine Bürgerversicherung. Einbeziehung aller Einkommensarten und Berufsgruppen in die Finanzierung der Pflegeversicherung.	Investition von 100 Milliarden EUR pro Jahr unter anderem für Gesundheit zur Schaffung von zwei Millionen Arbeitsplätzen im Öffentlichen Sektor. Finanzielle Anreize im Gesundheitswesen ändern: Gesunderhaltung und Heilung soll lohnender sein als Umsatzsteigerung durch hohe Fallzahlen.	Soziale Sicherheit durch Solidarität statt Privatisierung – Sicherung einer humanen Pflege und notwendiger medizinischer Versorgung durch starke öffentliche Solidarsysteme.	Flächendeckender Mindestlohn von 10,00 EUR. Steigerung des Mindestlohnes parallel zu steigenden Lebenshaltungskosten.	Privatisierung von Krankenhäusern und Medizinischen Versorgungszentren soll gestoppt werden.	Rechtsanspruch auf gebührenfreie Ganztagsbetreuung ab dem ersten Lebensjahr.	Rentenalter senken und Schaffung flexibler Ausstiegsmöglichkeiten ohne Abschläge vor dem 65. Lebensjahr.	Keine konkrete Aussage – Menschen, die füreinander soziale Verantwortung übernehmen, brauchen gesellschaftliche Unterstützung.